

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 39 (1959-1960)
Heft: 12

Artikel: Finnlands Stellung zur Freihandelszone und zum gemeinsamen Markt
Autor: Gadolin, Axel v.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-161004>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

FINNLANDS STELLUNG ZUR FREIHANDELS- ZONE UND ZUM GEMEINSAMEN MARKT

VON AXEL v. GADOLIN

Finnlands wirtschaftliche Lage

Die wirtschaftsstrukturelle Einseitigkeit der kleinen europäischen Staatsgebiete ist die Ursache der handelspolitischen Integrationsbestrebungen. Was Finnland betrifft, wächst jene Einseitigkeit sogar ins Überdimensionale. Weit davon entfernt, mit einer höheren wirtschaftlichen Entwicklung überwunden zu werden, nimmt sie eher zu, als Folge einer wachsenden Bevölkerung und einer immer verbesserten Bedarfsversorgung. Der handelspolitische Druck, den ein Land in dieser Lage früher oder später zu spüren bekommt, kann nur innerhalb eines größeren Handelsraumes ausgeglichen werden.

Die verschiedenen nationalen Regierungen versuchen die Einseitigkeit der kleinen staatlichen Wirtschaftsräume durch alle Arten künstlicher Eingriffe, Steuerübertragungen, Subventionen, Zölle, Exportprämien, Lizenzen, Währungsregelungen, Arbeitslosenunterstützungen, verbilligter Staatskredite usw. auszugleichen. Die Folge ist ein sehr irrationales Ausnützen von Investitionen und Arbeitskraft, nota bene aus dem Gesichtspunkt einer internationalen oder mindestens einer westeuropäischen Arbeitsteilung. Damit die Bäume dieses Urwaldes an nationalen Restriktionen und sonstigen Maßnahmen nicht in den Himmel wachsen, wurden nun verschiedene internationale Vereinbarungen, angefangen bei den GATT-Abkommen, getroffen. Die Krone des Werkes wäre ein integrierter europäischer Wirtschaftsraum; heute bestehen aber vier «Handelsgruppen»: die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) der sechs Staaten Westdeutschland, Frankreich, Italien, Holland, Belgien und Luxemburg, die sogenannte Kleine Freihandelszone (nach der englischen Bezeichnung EFTA genannt), mit England, Schweden, Dänemark, Norwegen, Portugal, Österreich und der Schweiz, der Ostblock und die unangeschlossenen Staaten. Zu den letztgenannten gehört bis auf weiteres Finnland.

Wie steht es nun um die wirtschaftspolitische Stellung Finnlands und was kann das Land in der gegenwärtigen Lage tun?

Für Gebiete wie die USA und die UdSSR macht bekanntlich der Außenhandel einen prozentual sehr bescheidenen Teil des Nationalproduktes aus. Ganz anders verhält es sich mit unseren einseitig ausgerichteten europäischen Kleinstaaten. Aus Finnland gehen rund 20% des Nationalproduktes gegenwärtig ins Ausland, im Austausch gegen Import-

waren. Ohne die obenerwähnten nationalen «Schutzmaßnahmen» wäre dieser Prozentsatz weit höher: wir wissen, daß die meisten europäischen Staaten ein Mindestmaß an Selbstversorgung, Schlüsselindustrien, Verteidigungsmöglichkeiten usw. verlangen. Hierzu kommen noch sozialpolitische Aspekte, die gerade in Finnland nicht außer acht gelassen werden können.

Innerhalb des freien Europa ist Finnland mit seinen 337 000 km² immer noch nach Frankreich, Spanien und Schweden das viertgrößte Staatsgebiet, reichlich achtmal so groß wie die Schweiz. Nicht weniger als 71,5% der Fläche Finnlands sind mit Wald bedeckt, der zu einem Drittel in öffentlichem Besitz ist. Der jährliche Zuwachs beträgt nunmehr rund 45 Mill. m³, während rund 40 Mill. m³ abgeholzt werden. Allerdings muß man mit solchen Zahlen vorsichtig umgehen, da die Weglosigkeit dazu führt, daß der Wald an den Verkehrsadern übermäßig beansprucht wird, während entlegenere Bäume vermodern. Auf jeden Fall geht der Waldbestand nicht zurück. Diese Holzmenge bildet nun die einzige große Rohware Finnlands, auf die der Wohlstand zu bauen hat. Im freien Europa verfügt nur noch Schweden über eine ähnliche Holzmenge, alle anderen Staaten, einschließlich Norwegen, bleiben weit zurück.

Die Holzmassen Finnlands wurden durch die Erfindung der chemischen Holzindustrie in voller Ausdehnung wirtschaftlich aktiviert. Es gilt also immer wieder, die Holzindustrie auf höheren Veredlungsstufen auszubauen, ein Prozeß, der seit Jahrzehnten in Finnland im Gange ist. Als Hauptabnehmer kommt natürlich im wachsenden Umfange nur das Ausland in Frage. Es ist einleuchtend, daß die finnische Ausfuhr einseitig holzindustriell betont sein muß, und sie ist es sogar bis zu 90% gewesen. Nunmehr ist dieser Prozentsatz zum großen Teil auf künstlichem Wege bis auf 70% gedrückt worden, vor allem durch die neue Ausfuhr von Metallindustrieerzeugnissen nach der UdSSR.

Von altersher war nun aber Finnland auch ein Bauernland; die Bodenreformen in den Jahren 1918/1920 und 1944/1946 haben diese Lage nur noch unterstrichen. Statt Güter und Großbauern besitzt das Land jetzt eine unverhältnismäßig große Zahl von Kleinbauern. Die ganze Agrarfläche beträgt aber nicht mehr als 2,6 Mill. ha oder 8% der Landoberfläche; nichtsdestoweniger werden 42% der finnischen Totalbevölkerung als in der Land- und Forstwirtschaft tätig bezeichnet. Unter «Forstwirtschaft» versteht man nur die Pflege der Wälder und die Gewinnung des Rohholzes. Da jeder Bauer auch Wald besitzt und der Kleinbauer außerdem im Winter öfters als Holzfäller in den Staatswäldern beschäftigt ist, ist die Trennungslinie zwischen Landwirtschaft (einschließlich Viehwirtschaft) und Holzwirtschaft schwer zu ziehen. Man rechnet, daß etwa 29% der Totalbevölkerung ihr Auskommen aus der reinen Landwirtschaft (einschl. Viehwirtschaft) finden; da diese aber mit nur 12% zum Nationalprodukt beiträgt, ahnt man die Umrisse eines wirtschaftlichen Zerrbildes.

In der Tat scheint es, als ob die finnische Kleinbauernschaft sich mehr auf ihre gut organisierte politische Macht als auf ihren eigentlichen wirtschaftlichen Einfluß stützen würde: man hat ein umfangreiches System staatlicher Subventionen errichtet.

In den 1930er Jahren, als gesündere Besitzverhältnisse innerhalb des Bauernstandes herrschten, hatte man eine sogenannte Selbstversorgung mit Brotgetreide um 85% erreicht, während die Fettversorgung vollständig war. Nunmehr ist diese Selbstversorgung auf rund 40% gesunken, während die Fettversorgung auf 150% angewachsen ist und beschwerliche Exportprobleme hervorgerufen hat. Das gegenwärtige «verzerrte» Bild kostet der Nation an Subventionen und dergleichen unheimlich viel mehr als der ältere «normalere» Zustand, ist aber teils durch die Ansiedlung der Flüchtlinge, teils durch die russischen Handelsverträge bedingt. Die geschätzten finnischen Erntezahlen betrugen für das günstige Jahr 1959 in Mio kg: Weizen 238, Roggen 172, Gerste 336, Hafer 685, Kartoffeln 1031, Zuckerrüben 200, Heu 3042. Die Fleischproduktion bewegte sich um 111 Mio kg. Die Molkereien erhielten rund 2 Mrd. Liter Milch und stellten 75 Mio kg Butter und 23 Mio kg Käse her. Die Eierproduktion näherte sich 20 Mio kg und veranlaßte auch Exportbedarfe, alles mit Subventionen.

Für die restlichen 88% des finnischen Nationalproduktes kommt, streng genommen, die Industrie auf. Die statistischen Berechnungen zerlegen aber die übrigen Komponenten wie folgt: die eigentliche Industrie hat einen Anteil von 31% am sogenannten Nettonationalprodukt (während 29% der Bevölkerung oder genau derselbe Prozentsatz wie innerhalb der Landwirtschaft ihr Auskommen in dieser Industrie finden), die Bautätigkeit 10%, die Forstwirtschaft 9%, der Verkehr 8%, Handel, Banken und Versicherung 12%, öffentliche Tätigkeit 12%. Vergleichsweise mag erwähnt werden, daß der Wert des finnischen Bruttonationalproduktes im Jahre 1958 auf rund 17 Milliarden sFr. (rund 1300 Mrd. Fmk.) veranschlagt wurde. Das entsprechende schwedische Nationalprodukt ist bei einer um 75% größeren Bevölkerung rund dreimal so groß, das dänische bei einer gleich großen Bevölkerung nur die Hälfte größer und das norwegische bei einer etwas kleineren Bevölkerung ein Viertel größer.

Von altersher teilt man die finnische Industrie in Binnenmarktindustrie und Exportindustrie, wobei die letztgenannte fast ausschließlich auf Holz als Rohware fußte. Als Folge der Zwangslieferungen an die UdSSR in den Jahren 1944—1952 trat hier eine Änderung ein: Finnland war gezwungen, seine metallverarbeitende Industrie, ganz besonders die Schiffswerften, stark auszubauen, so daß nunmehr eine verdoppelte Kapazität gegenüber der Vorkriegszeit besteht. Aus dieser früheren Binnenmarktindustrie ist somit auch eine Exportindustrie entstanden, die allerdings hauptsächlich für die UdSSR und den Ostblock (Rotchina) arbeitet.

Eine normale Wettbewerbsfähigkeit in anderen Handelsrichtungen liegt noch nicht vor, obschon man es zu gewissen Spezialitäten (z. B. Eisbrechern, Trawlern, Kanalkähnen) gebracht hat. Die gesamte Metall- und elektrotechnische Industrie Finnlands beschäftigt jetzt ca. 90 000 Arbeiter gegen etwa 70 000 in der gesamten Holz- und Holzveredlungsindustrie, die aber weitgehend mechanisiert ist. Die Textil- und Schuhindustrie, die nur für den Binnenmarkt arbeitet, verfügt über rund 60 000 Arbeiter, die Lebensmittelindustrie über rund 30 000. Der gesamte Industriearbeiterstamm beträgt bei einer Totalbevölkerung von 4,2 Mio Menschen rund 320 000.

Es leuchtet ein, daß Finnland bereits durch die Zwangslieferungen an die UdSSR in einem Gesamtwerte von rund 600 Mio \$ zum hypertrophischen Ausbau seiner Metallindustrie genötigt wurde. Die Verzerrung der nationalen Wirtschaft wurde durch die Neuansiedlung der Flüchtlinge — rund 250 000 Neuangesiedelte — und die Verkleinerung der ehemaligen Bauerngehöfte noch größer. Eine vollständige Handelsregelung, stärkste Valutakontrolle, Verbot gegen Besitztum im Auslande und dergleichen gaben außerdem den nach links gerutschten Regierungen Waffen in die Hand, eine Art nationaler Inselwirtschaft zu führen, die Finnland praktisch aus dem weltwirtschaftlichen Gefüge löste. Die Beibehaltung dieses eigenartigen Zustandes wurde teils von den verbesserten «terms of trade» für die finnische Holzveredlungsindustrie (wobei die Regierung den «Verbesserungsprozentsatz» durch das System der doppelten Währungskurse bis zur Abwertung 1957 beschlagnahmte), teils durch die «guten» Exportpreise in der UdSSR ermöglicht. Daß die Russen aus politischen Gründen den Osthandel Finnlands aufblähten, zeigt nicht am wenigsten die zynische Art, in der man sich mit handelspolitischer Begründung der finnischen Koalitionsregierung im Spätherbst 1958 entledigte. Daß diese Wirtschaftsprozesse in Finnland von einer Inflation begleitet wurden, die den Geldwert schon auf einen Zwanzigstel desjenigen von 1939 verminderte, ist bekannt.

Finnlands Handelspartner

Die oben angedeutete Wirtschaftsstruktur Finnlands läßt erkennen, daß das Land nur in engster Verbindung mit westeuropäischen Märkten (Westeuropa hier als Gegensatz zum Ostblock verwendet) einen zuverlässigen Volkswohlstand erreichen kann. Seit der Jahrhundertwende zeigt die handelspolitische Geschichte Finnlands, daß die drei großen Handelspartner Finnlands immer Rußland, Deutschland und England waren; jedes Land beteiligte sich mit etwa 30% am Außenhandel Finnlands. Hierbei war der Handel gegenüber Rußland recht ausgeglichen, während die Bilanz gegenüber England ebenso aktiv war, wie sie sich

Deutschland gegenüber passiv stellte. Heute vertreten diese drei Länder je eine Blockbildung, nämlich den Ostblock, die EWG und die EFTA. Der Außenhandel Finnlands, der seit der Abwertung am 15. 9 1957 zu etwa 70% effektiv liberalisiert wurde, weist nun wieder das alte Muster auf.

In Mrd. Fmk. (1 sFr. = 74 Fmk.) stellte sich der Handelsaustausch Finnlands mit seinen sieben wichtigsten Partnern in den Jahren 1958 und 1959 wie folgt:

	1958		1959	
	Export	Import	Export	Import
England	54,8	40,1	62,3	42,0
Westdeutschland	26,9	38,6	29,2	47,8
Sowjetunion	42,8	41,9	44,8	47,5
Schweden	8,9	19,3	8,6	24,8
Frankreich	15,3	10,9	12,7	13,7
Holland	11,0	10,0	14,3	13,1
USA	11,8	12,5	15,4	13,6
Summe	171,5	173,3	187,3	202,5
Übrige Welt	76,4	60,0	79,9	64,3
Total	247,9	233,3	267,2	266,8

Unter den Staaten der «übrigen Welt» spielen Belgien, Dänemark, Italien und Brasilien, wie auch innerhalb des Ostblocks Polen und die DDR eine gewisse Rolle mit Exporten und Importen im Werte von je zwischen 4 und 9 Mrd. Fmk. Nach Rotchina kommen dann und wann größere Lieferungen — Schiffe, Papiermaschinen — vor; so im Jahre 1959 im Werte von 5,3 Mrd. Fmk.

Während der ganze Ostblock einschließlich China noch 1957 mit 29,4% am finnischen Export und mit 30,6% am finnischen Import beteiligt war, sind diese Prozentsätze nunmehr auf durchschnittlich rund 25% gesunken, obschon starke künstliche Maßnahmen ergriffen wurden, um den Handel mit der UdSSR zu steigern. Hierzu gehören unter anderm die Zwangseinfuhr nach Finnland von russischen Kraftfahrzeugen und Traktoren wie auch die eigenartige, subventionierte Ausfuhr an Milcherzeugnissen nach Leningrad. Auch die Verzerrung der finnischen Landwirtschaft hängt mit dem Bedürfnis zusammen, mit allen Mitteln Importwaren aus der UdSSR ausfindig zu machen: das fehlende finnische Brotgetreide wird aus Rußland importiert. Was hier das alte Großfürstentum bereits gegenüber dem Zarenreich im Interesse des Schutzes der eigenen Landwirtschaft vermochte, kann die gegenwärtige finnische Republik gegenüber der Sowjetunion nicht durchsetzen!

Es leuchtet ferner ein, daß die Sowjetunion über unbegrenzte Quantitäten gerade derjenigen Rohware verfügt, auf der Finnland seine einzige große Veredlungsindustrie aufbauen kann, nämlich Holz. Obschon die UdSSR bis jetzt auch gewisse Mengen finnischer Holzveredlungserzeug-

nisse übernommen hat, kann man nicht damit rechnen, daß dies auch in Zukunft der Fall sein wird. Man muß auch in Kauf nehmen, daß der längst eingeleitete Ausbau der russischen Schwerindustrie allmählich die finnischen Maschinen- und Metallwarenlieferungen erübrigt. Eine Teilversorgung der Stadt Leningrad von Finnland aus war naheliegender, als die vorgelagerte Provinz Karelien noch im finnischen Besitz war. Selbstverständlich bleibt immer ein recht bedeutender Resthandel zwischen der UdSSR und Finnland auch bei einem freien Handelsaustausch; vorherrschend dürfte er aber im finnischen Außenhandel nicht werden. Ein handelspolitischer Anschluß Finnlands an den Ostblock würde somit nur mit politischer Gewalt durchgeführt werden können, und dann nur unter Herabdrückung des finnischen Lebensstandes. Die übrigen europäischen Ostblockstaaten liefern genügende Beispiele für diese Schlußfolgerung.

Um aus dem politisch-kommerziellen Griff der UdSSR loszukommen, zeigte Finnland während der vergangenen Jahre ein positives Interesse an der sogenannten Nordischen Zollunion, die auch der «Gemeinsame Nordische Markt» genannt wurde. Die übrigen nordischen Staaten bilden zwar für Finnland, wie auch sonst für einander, keinen besonderen Absatzmarkt, da sie — mit einer gewissen Ausnahme für Dänemark — eine bedeutende wirtschaftsgeographische Ähnlichkeit aufweisen — allerdings mit Schweden als betontem Primus inter pares. Von Finnlands ganzem Export übernahmen die drei skandinavischen Staaten rund 7%, während Finnland sich mit rund 11% seiner Einfuhr dort eindeckte. Der Handel Finnlands mit Skandinavien war somit passiv und ist es in den letzten Jahren, dank der wachsenden Einfuhr aus Schweden, in noch stärkerem Grade geworden. Die Absicht bestand, die verschiedenen Industriegruppen allmählich und nacheinander zu integrieren, wobei man besonders der finnischen Landwirtschaft einen gewissen Schutz hätte angedeihen lassen. Das norwegische Interesse für den Plan war nie ganz überzeugend, und auch sonst fehlte es an einem aufrichtigen Willen zur Durchführung. Der ganze Plan zerbrach wie ein Kartenhaus, als die Umriss einer Freihandelszone mit England auftauchten.

Es ist bekannt, daß Dänemark ein großes Interesse für die EWG zeigte, während diese für die übrigen nordischen Staaten nicht in Frage kam, obschon Westdeutschland nunmehr der größte Lieferant der meisten nordischen Staaten ist. Finnland war von vornherein ausgeschlossen, weil eifrige Interpreten entdeckt hatten, daß gewisse überstaatliche Funktionen der EWG nicht im Einklang mit den Bestimmungen des Friedensvertrages zwischen Finnland und der UdSSR standen. Finnland darf bekanntlich in keiner politischen Gruppenbildung mitwirken, in der ein deutscher Staat dabei ist; allerdings ist dieses Argument russischerseits bezüglich der Freihandelszone nicht ins Feld geführt worden. Es wäre wohl geschichtlich nicht ganz falsch, Österreich als deutschen Staat zu

betrachten, während die Schweiz kaum in diese Gefahrenzone geraten könnte! Für die DDR — wie auch für Liechtenstein — liegt noch kein Präjudiz vor.

Im verflossenen Jahr trug die EWG mit 32% der finnischen Einfuhr zur Versorgung des Landes bei, während sie nur 20% der finnischen Ausfuhr übernahm. Im Jahre 1958 betrugen diese Prozentsätze 29,8% bzw. 26,9%, waren also weit ausgeglichener. Für die EFTA bildete Finnland 1959 einen ebensoguten Importeur, indem auch 32% der finnischen Einfuhr aus den sieben Ländern der Kleinen Freihandelszone stammten. Dafür übernahm aber auch die EFTA volle 31% der finnischen Ausfuhr. Die entsprechenden Proportionen im Jahre 1958 waren: für die Einfuhr nach Finnland 32% und für die finnische Ausfuhr wiederum 31%. Im Verhältnis zu den EFTA-Ländern scheint also eine sehr ausgeglichene und stabile Handelsbilanz zu bestehen: Im Detail kann man feststellen, daß der Zuwachs der finnischen Käufe in Schweden 1959 den Rückgang der entsprechenden Käufe in England ausgeglichen hat. Allerdings dürfte es 1959 zu gewissen gesteigerten Einfuhren der EFTA-Länder aus Finnland gekommen sein, weil man sich eindecken wollte.

Sei dem wie ihm wolle, es steht fest, daß bei einer ziemlich gleichmäßigen Verteilung des finnischen Außenhandels auf die drei Blöcke die EFTA doch betont an der Spitze steht und außerdem einen ausgeglichenen Handel mit Finnland aufweisen kann. Für den finnischen Export auf lange Sicht scheint die EFTA die besten Garantien zu verheißen. Außerdem besteht immer noch die Möglichkeit, innerhalb der EFTA eine nordische Untergruppe zu bilden — eine Frage, die der Nordische Rat weiter behandeln soll. Es mag unterstrichen werden, daß das Scheitern einer nordischen Zollunion keineswegs gewisse bestehende Integrationsmaßnahmen der nordischen Länder erschwert hat: so bleiben die Paßfreiheit, der gemeinsame Arbeitsmarkt und gewisse gemeinsame wirtschaftliche Planungen, besonders auf dem Gebiete der Kraftversorgung, des Verkehrs und einer einheitlichen wirtschaftlichen und sozialen Gesetzgebung. Gewisse gemeinsame Investitionen wie auch eine Zusammenarbeit auf kreditpolitischem Gebiet werden wahrscheinlich auch verwirklicht werden. Die Tuchföhlung der finnischen und der schwedischen Kartelle für den Export von Holzveredlungsprodukten wird auch bestehenbleiben.

Der Anschluß an die EFTA und die Sowjetunion

Es steht fest — und die Oktoberrede Mikojans in Helsinki hat es unterstrichen — daß die UdSSR den Anschluß Finnlands an die EFTA ungern sieht: man kann nicht darüber im Zweifel sein, daß die UdSSR eine Schmälerung ihres handelspolitischen Einflusses in Finnland fürchtet. Man will in Moskau die Integration Finnlands in den Ostblock her-

beiführen, aber nicht unter sichtbarem, sondern indirektem Zwang, und diese Absicht wurde — um es nochmals zu unterstreichen — durch die ungeschickte Art, in der die Koalitionsregierung Fagerholm im Spätherbst 1958 zu Fall gebracht wurde, und durch die mißlungenen Dunstgebilde um das «zufällige» Zusammentreffen des finnischen Staatspräsidenten Kekkonen mit Chruschtschew in Leningrad im Januar 1959 ziemlich klar aufgedeckt. Man hofft offenbar in Moskau, daß eine Erweiterung der finnischen Regierungsbasis — bekanntlich regiert seit Januar 1959 das kleinbäuerliche Minoritätskabinett Sukselainen — nach links, unter Einbeziehung der Kommunisten, vorgenommen wird. Eine solche Entwicklung würde das handelspolitische Klima zugunsten der UdSSR und zuungunsten der EFTA stark beeinflussen. Selbstverständlich stehen die 50 Kommunisten und die 14 Linkssozialisten im finnländischen Parlament (200 Sitze) in Opposition zur EFTA, während die 47 Kleinbauern sich am meisten für ihre Subventionen interessieren. Eine gefürchtete Koalition dieser Parteien würde die Mehrheit im Reichstag erreichen und eine neue Volksfront mit mattgrünem Einschlag bedeuten. Eine Regierung auf dieser Basis wird der EFTA nie beitreten. Hierzu kommt, daß die Schwerindustrie, die beim großen Export nach der UdSSR gut gedeiht, dieses Geschäft, das sich privatökonomisch sehr gut lohnt, nicht geschmälert sehen möchte. Bei rückgängigen russischen Aufträgen kann hier eine bedeutende Arbeitslosigkeit entstehen, die von der mächtigen Gewerkschaft der Metallarbeiter politisch ausgenützt würde. Außerdem fürchten — wie in Griechenland bezüglich des Anschlusses an die EWG — große Teile der im Schutz der Einfuhrquoten großgewordenen neuen Binnenmarktindustrie die westliche Konkurrenz. Und endlich hat sich die finnische Staatsführung daran gewöhnt, Budgetschwierigkeiten durch eine immer wieder zur Inflation führende Kreditaufblähung zu lösen und möchte nicht unter Kontrolle geraten. Die Politik der stufenweisen Abwertungen hat sich bis jetzt gut bewährt; bei recht breiten Stufen läßt sich die Öffentlichkeit immer wieder beschwichtigen und glaubt artig, daß nun wirklich die letzte Stufe erreicht wurde!

Immerhin kann man die große nationale Aufgabe der wachsenden finnischen Zellulosen- und Papierindustrie auf die Dauer nicht ignorieren. Auf den europäischen Exportmärkten für Papier, Zellulose, Pappe und verschiedene neuartige Holzveredlungserzeugnisse besitzen Schweden und Finnland zusammen ein relatives Monopol: die wirtschaftlichen Interessen Finnlands können es nicht erlauben, daß die eigene Holzveredlungsindustrie auf europäischen Märkten — und am allerwenigsten im Hauptabnehmerland England — einer Diskriminierung unterworfen wird. Obgleich Zeitungspapierzölle momentan nicht aktuell sind, kann die EFTA solche später einführen. Obschon die jetzige finnische Minoritätsregierung mit dem rührigen jungen Handelsminister Karjalainen als handelspolitischem Experten alles getan hat, um ihre Einstellung zur EFTA zu

verschleiern, muß sie doch eine Art von Anknüpfung finden. Zu diesem Zweck wurde unter Mitwirkung der Industrie- und Arbeitgeberverbände eine Sonderdelegation ausersehen, die diesen Kontakt herbeiführen soll. Man kann auf weitgehende Sympathien Skandinaviens für die schwierige Stellung Finnlands zählen, während sich England kaum von anderen als eigenen Geschäftsinteressen bewegen läßt. Hier besteht zum Beispiel die Möglichkeit, daß England sich nicht einem noch engeren Papiermonopol — dem schwedischen — aussetzen will. Sogar die Russen haben es versucht, mit ihren letzten Holznotierungen ein Wort mitzureden.

Bekanntlich führt die EFTA ihre erste Zollessenkung um 20% am 1. Juli dieses Jahres durch. Hernach folgen während der zehn Jahre bis 1970 noch acht Zollessenkungen um je 10%. In Dänemark, wo die Zölle am niedrigsten waren, wird ein neuer, am 1. März 1960 in Kraft tretender Zolltarif benutzt. Auch Finnland hätte in ähnlicher Lage seinen Zolltarif modernisieren müssen. Innerhalb der EFTA bleiben aber die Finanzzölle in Kraft. Als Beispiel, daß die Definition eines Finanzzolles nicht immer so leicht ist, mag erwähnt werden, daß Norwegen, das über keine Kraftwagenindustrie verfügt, seine Automobilzölle als Finanzzölle betrachtet! Auch die quantitativen Handelsrestriktionen wie alle Exportsubventionen sollen in Wegfall geraten; jedoch werden die Erzeugnisse der Landwirtschaft und der Fischerei gesondert behandelt. Staatliche Subventionen und restriktive Geschäftsmethoden sollen abgeschafft werden; es besteht die feste Absicht, ein integriertes Handelsgebiet zu schaffen. Ein Zentralrat, ein Sekretariat und verschiedene Untersuchungskommissionen sind als Institutionen der EFTA vorgesehen.

Unterdessen hat bekanntlich Finnland seinen neuen Rahmenvertrag für den Handel 1961—1965 mit der UdSSR abgeschlossen; es bestehen keine Zweifel, daß Finnland ihn auch bei einer Mitgliedschaft in der EFTA hätte erfüllen können. Prozentual wird nämlich der russische Handel noch mehr zurückgehen, indem die unternommenen Erweiterungen der finnischen Holzveredlungsindustrie den Westhandel absolut steigern werden. Im selben Ausmaß wächst eigentlich auch ein finnisches Interesse an der EFTA. Man hat berechnet, daß die UdSSR im Jahre 1960 rund 16% des ganzen finnischen Außenhandels vertreten wird. Der Handel mit der UdSSR ist bekanntlich bilateral, wie auch der restliche Handel innerhalb des Ostblocks. Mit dreizehn westeuropäischen Ländern hat Finnland soeben multilaterale Abkommen abgeschlossen, die 57% des ganzen finnischen Außenhandels decken. Finnland wird gegenüber diesen Ländern zu 80% seine Einfuhren liberalisieren und kann mit bedeutenden Handelskrediten rechnen. In finnischer Sicht werden diese dreizehn Staaten, zu denen unter anderem Westdeutschland, England, Schweden und die Schweiz gehören, als Mitglieder des «Helsingforser Handelsklubs» bezeichnet.

Ein ziemlich totgeborener Vorschlag, die Vorteile der EFTA einzu-

heimsen ohne den direkten Anschluß zu beantragen, läuft darauf hinaus, daß Finnland mit einem jeden der sieben EFTA-Länder einen bilateralen Vertrag abschließen sollte. Die Folgerichtigkeit würde dann ähnliche Verträge mit den sechs Kontinentalstaaten der EWG verlangen. Obschon es sich hier um einen reinen Unsinn handelt — wie würde man zum Beispiel die Haupthandelspartner England und Westdeutschland bilateral behandeln? —, propagieren dies sowohl linkssozialistische als gewisse landwirtschaftliche Zeitungen. Die kommunistischen Zeitungen wiederum geben die Ansichten angeblicher russischer Experten wieder, laut denen der Anschluß Finnlands an die EFTA etwa 170 000 Arbeiter arbeitslos machen würde! Es handle sich hier vorwiegend um die Schuh- und die Textilindustrien wie auch um die elektrotechnische Branche. Diese Agitation ist um so lächerlicher, als die genannten Industrien nicht einmal die Hälfte der erwähnten Arbeiterzahl aufweisen und außerdem gerade zu denjenigen zählen, die einen hinlänglichen Schutz erhalten würden.

Es leuchtet ein, daß gewisse Schwierigkeiten wirtschaftsorganisatorischer Art mit einem Anschluß Finnlands an die EFTA verbunden wären. Parallelfälle können besonders in Norwegen nachgewiesen werden. Andererseits steckt die Industrialisierung Finnlands noch in ihrem Anfangsstadium und könnte mit Erfolg nach dem umfassenderen Standortschema der EFTA fortgesetzt werden. Finnland ist viel zu klein und viel zu einseitig ausgerüstet, um etwa einen eigenen Wirtschaftsraum zu bilden, und ein Anschluß an den ganz anders gearteten Ostblock würde das Land einfach wirtschaftlich, politisch und sozial auf die tiefe Ebene eines Satelliten herunterdrücken. «Vieles muß geopfert werden, damit noch mehr gewonnen wird», hat ein finnländischer Dichter gesagt: jetzt steht die Nation vor einer solchen Wahl. Wenn sie hier versagt, kann es um sie geschehen sein, und die Welt wird sie fürderhin zur Gruppe erloschener Nationalwirtschaften zählen.